

Ausschuss für Inneres und Sport

(109. - öffentliche - Sitzung am 19. Januar 2017)

Beratungsthemen:

1. **Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/5290](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs fort. Die antragstellenden Fraktionen kündigten die Vorlage eines Änderungsvorschlags an.

2. **Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung**

a) *Der Ausschuss bat die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion einstimmig um eine mündliche Unterrichtung zu Vorkommnissen in der Silvesternacht 2016/2017 in Hannover.*

b) *Der Ausschuss bat die Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen einstimmig um eine mündliche Unterrichtung zur Vernehmung des Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, durch das Landeskriminalamt Niedersachsen.*

*Der Ausschuss kam überein, das Angebot der Landesregierung wahrzunehmen, bereits in dieser Sitzung die **Unterrichtung über die Vernehmung des Landesvorsitzenden der CDU Niedersachsen, Dr. Bernd Althusmann, durch das Landeskriminalamt Niedersachsen** entgegenzunehmen. Hierüber führte er anschließend eine Aussprache.*

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6875](#)

Der Ausschuss hörte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände zu dem Gesetzentwurf an.

4. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6777](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Gesetzentwurfs ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen einstimmig, den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung anzunehmen. Die mündliche Berichterstattung übernahm Abg. Belit Onay (GRÜNE). Der Ausschuss empfahl dem Ältestenrat, im Februar-Plenum über den Gesetzentwurf ohne Aussprache - jedoch nach Entgegennahme des mündlichen Berichts - abstimmen zu lassen.

5. **Deine Chance, unsere gemeinsame Zukunft**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/6893](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimme der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion, den Antrag abzulehnen.

6. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes**

Gesetzesentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6435](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzesentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- *Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsen*
- *DRK Landesverband Niedersachsen e. V.*
- *Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.*
- *Landkreis Wolfenbüttel*
- *Landkreis Lüchow-Dannenberg*
- *Landesfeuerwehrverband Niedersachsen e. V.*
- *Arbeitsgemeinschaft der Helfer in den Regieeinrichtungen des Katastrophenschutzes*
- *Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e. V. (IPPNW)*
- *Öko-Institut e. V., Büro Darmstadt*

Der Ausschuss bat den GBD, im Rahmen seiner Vorlage zur Gesetzesberatung auch alternative Formulierungsvorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, die von den Anzuhörenden vorgetragene Vorschläge zur Erweiterung des § 10 c NKatSG-Entwurf um weitere kerntechnische Anlagen, zur Wiederaufnahme des Bergungsdienstes und des Instandsetzungsdienstes in § 15 NKatSG-Entwurf sowie zur Einführung einer zentralen Leitung auf Landesebene bei sicherheitstechnisch bedeutsamen Ereignissen gemäß § 51 Abs. 1 der Strahlenschutzverordnung (§ 27 Abs. 4 NKatSG-Entwurf) umzusetzen.